

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Abstellungen nehmen die Anzeiger  
für die Anzeiger die Poststellen  
enthalten. — Erscheint wochentlich.  
Preis pro Jahrgang 12. 53.

Regelgemäß: Die Anzeigerstellen  
enthalten für Anzeiger aus dem  
Landesamt in Goldschmiede, aus  
mehrfachen Anzeiger in Goldschmiede,  
Kellerei-Poststelle in Goldschmiede,  
amtliche Stelle in Goldschmiede.

Entlang: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 287

Mittwoch, den 10. Dezember 1924

19. Jahrgang

### Die Mandatsverteilung im neuen Reichstag.

Ein Vergleich mit dem alten Reichstag.

Partei	Deutsch- Böhmisch	Deutsch- nationale	Deutsche Volks- partei	Sächsische Volks- partei	Zentrum	Wirtschafts- partei Bauernd.	Demokrat.	D. E. P. D.	Kommun- isten	Hannov. Partei	Landbunb
Abgegeb. Stimmen im Dezember	891 671	6 122 255	3 017 132	1 111 786	4 041 593	995 723	1 902 646	7 788 250	2 279 429	258 145	498 003
Abgegeb. Stimmen im Mai	1 917 578	5 755 605	2 642 843	841 982	3 899 022	1 069 350	1 657 451	5 973 770	3 712 001	318 451	247 468
Abgeordnete im Dezember	14	102	50	19	68	17	33	130	45	4	8
Abgeordnete im Mai	32	96	44	16	65	10	28	100	62	5	10

#### Festigung.

Als das hervorragendste Merkmal des Wahlergebnisses ist die Konsolidierung, Festigung, Klärung der Parteienverhältnisse des Reichstages zu begrüßen. In richtigem Erkenntnis des wirklichen Zweckes der Wahlen, der nur in der Schaffung eines arbeitsfähigen Parlaments und einer starken Regierung bestehen kann, ist die Masse der Bürgerschaft achtlos an allen den Gelegenheitsprogrammen vorbeigegangen, die ihr von Eigenbrütlern angepöpselt wurden. Gleichwohl sind noch immer zu viele Stimmen sinnlos an irgendwelche Phantasielisten vergeudet worden, doch mit einer gewissen Anzahl von Unbekehrten wird man schließlich stets zu rechnen haben. Auch haben wir noch bei weitem zu viele Parteien, erreicht man doch fast das Tugendmaß selbst wenn man nur diejenigen rechnet, deren Werbung nicht erfolglos geblieben ist. Von neuem ergibt sich aus diesen Wahlen die Lehre, daß als eine der wichtigsten Aufgaben unseres politischen Lebens keine Vereinfachung zu betrachten ist.

Indessen zeigt ein Blick auf die Tabelle der errungenen Mandate doch bereits eine entschiedene Konsolidierung, die sich etwa dadurch kennzeichnet, daß rund eine Million Stimmen das Mindestmaß dessen ist, was hinter den Parteien steht, die zu bestimmendem Einfluß berufen sind. Wenn diese unterste Grenze von der verworrenen und problematischen Partei der Nationalsozialisten nicht mehr erreicht wird, so bedeutet auch das, wie wir schon gestern zu bemerken hatten, einen erfreulichen Fortschritt auf dem Wege zu einer vollkommen klar und eindeutig gegliederten Volksvertretung, die für bloße Abenteuer und Freibeuter des öffentlichen Lebens, wie sie in dem Typus der „böhmischen“ Führer öfters zu erkennen waren, keinen Raum mehr hat. Schon der neue Reichstag zeichnet sich von seinem Vorgänger, dessen Unzulänglichkeit glücklicherweise durch seine Kurzlebigkeit weitgemacht wurde, durch weit größere Klarheit aus. Jedem Zweifel entzogen ist vor allem der ausgesprochen republikanische Charakter seiner Mehrheit. Wie auch der Machthaber zur Rechten oder etwa Verantwortungsscheuer Dogmatismus zur Linken mit den Daffern spielen mag, auf keine Weise läßt sich eine andere als republikanische Mehrheit ausrechnen, selbst wenn man die gesamte volksparteiliche Unhängerschaft dem Monarchismus zuschreiben wollte, was nicht einmal auf die Deutschnationalen zutrifft. Denn auch unter diesen sind viele, die bei ihrer Stimmabgabe an ganz andere Dinge dachten als an die Wiederherstellung der Monarchie. Es ist unerfindlich, wie ein so beschaffenes Wahlergebnis als ein „Tendieren zum Bürgerblock“ ausgelegt werden kann, es sei denn, daß man der offenkundigen Lehre des Wahlergebnisses auszuweichen wünscht, das gerade den Zusammenschluß der Republikaner nahelegt. Doch darf man annehmen, daß ein Gutachten, das der Vertretung von nahezu acht Millionen Wählern ihren Platz ausschließlich in der Opposition antewerkern zu wollen scheint, auch in der Sozialdemokratie selber wenig Beifall finden wird. Die Aufgaben, die des neuen Reichsparlaments warten, sind groß genug, um alle zur Weimarer Verfassung Haltenden zu positiver Mitarbeit aufzurufen, und eine Partei, die Millionen Staatsbürger ihre Stimme gegeben haben, kann sich nicht mehr den Luxus leisten, sich als bloße Klassenvertretung im Sinne irgendwelcher überholten Theorien zu betrachten. Das Ausmaß, das sich naturlicherweise nur für das Wesentliche an dem Ergebnis des gestrigen Tages interessiert, hat nicht geögert, den republikanischen Grundzug des Wahlergebnisses festzustellen. Es wäre kläglich, wenn der unbestreitbare Sieg des republikanischen Gedankens verborgen werden sollte, und zwar von jener Seite her, von der die Anregung zu der Gründung des Reichsbanners „Schwarz-rot-gold“ gekommen ist, das zum erstenmal in Deutschland, und schon mit bedeutendem Erfolg, die schädliche und unwahre Trennung zwischen „Bürgern“ und „Arbeitern“ zu überbrücken strebt.

Hier ist der Punkt, wo sich die Aufgabe der Deutschen Demokratischen Partei mit aller Deutlichkeit abhebt. Sie war es, die durch unerschütterlichen Widerstand gegen die Bürgerblockidee den alten Reichstag stärkte. Sie muß es sein, die darauf Bedacht nimmt, daß der neue nicht durch Nachschichten von links oder rechts auf eine Bahn gedrängt wird, die den klaren Sinn der denkwürdigen Wahlen des 7. Dezember entstellen würde.

Berlin, 9. Dezember. Der „Germania“ zufolge werden sich die Führer der bisherigen Regierungsparteien, also der Demokraten, des Zentrums und der Deutschen Volkspartei voraussichtlich bereits am Donnerstag dieser Woche in Berlin versammeln, um zu der durch die Reichstagswahl geschaffenen Lage zunächst unverbindlich Stellung zu nehmen. Die einzelnen Fraktionen werden noch vor Weihnachten zusammen-treten.

#### Die Berliner Presse zum Ausfall der Reichstagswahlen.

Die gesamte Berliner Presse beschäftigt sich in ihren Montagsnummern mit dem Ausfall der Wahlen und kommentiert sie, je nach der politischen Einstellung der einzelnen Blätter, in dem einen oder andern Sinne. Das Zentralorgan der deutschen Volkspartei, die „Zeit“

schreibt: Die Deutsche Volkspartei ist an sich völlig frei in ihren Entschlüssen gegen andere Parteien, da selbstverständlich das der alten deutschnationalen Fraktion abgegebene Versprechen sich nur auf die Zusammensetzung dieser Fraktion bezog. Wir glauben aber, daß ihre Grundeinstellung sich kaum geändert haben dürfte. Wir würden uns freuen, wenn man jetzt nach den Wahlen auf jenen Gesichtspunkt der Heranziehung aller bürgerlichen Kräfte auf der Grundlage insbesondere der Fortführung der bisherigen Außenpolitik zurückkommen würde, den man niemals hätte verlassen dürfen.

#### Die „Kreuzzeitung“

gibt ihrer Genugtuung Ausdruck über den Stimmengewinn, den die Deutschnationale Partei erhalten hat. Sie schreibt u. a.: Die Trennung der Partei bei der Abstimmung über die Damesgeleise mußte natürlich in der Wahlbewegung nachwirken. Um so erfreulicher ist es, daß der große nationale Gedanke sich als stark genug erwiesen hat, um Verkärgungen und Meinungsverschiedenheiten innerhalb unserer Kreise hintanzuhalten. Damit ist der Beweis gegeben, daß die nationale Bewegung über eine feste und geschlossene Masse verfügt. Aufgabe der Führung wird es jetzt sein, die Partei geschlossen zusammenzuhalten und eine Politik der geraden Linie zu verfolgen, sei es nun, daß die Partei mit den anderen bürgerlichen Parteien zusammenarbeiten wird oder daß sie die Stellung der grundsätzlichen Opposition bezieht.

Das Organ des Reichstagslers Dr. Marx,

#### die „Germania“

schreibt: „Es läßt sich mit Bestimmtheit sagen, daß auch im neuen Reichstag eine starke Mehrheit für die Außenpolitik der Regierung vorhanden ist. Das ist aber auch das einzige, was man einstweilen mit Bestimmtheit von der neuen Volksvertretung im voraus sagen kann. Die Regierungsbildung wird wiederum sehr schwierig sein und jede denkbare Koalition wird mit einer starken und vermutlich auch scharfen Opposition zu rechnen haben.“

#### Der „Vorwärts“

schreibt: „Wer da glaubt, es sei nach diesen Wahlen eine Kampfregerung gegen die Sozialdemokratie möglich geworden, der mag sehen, wie weit er damit kommt. Auf der anderen Seite ist auch das Zusammenarbeiten der bürgerlichen Mitte durch das Verhalten der Volkspartei und die starke Spannung, die zwischen ihr und Demokraten erzeugt ist, außerordentlich erschwert worden. Selbstverständlich ist die Spannung zwischen Sozialdemokraten und Volkspartei noch viel stärker.“

#### Das Ergebnis in Sachsen.

Dresden, 8. Dez. Am 7. Dezember wurden 40 Abgeordnete aus Sachsen in den Reichstag entsandt gegen nur 38 im Mai. Es sind demnach viel weniger Stimmen verloren gegangen oder auf die Reichsliste abgewandert, als vor einem halben Jahre. Das hat darin seine Ursache, daß die Splitterparteien, so zahlreich sie auch auftraten, doch sehr wenig Stimmen erhalten haben, im Verhältnis noch weniger als bei der Wahl. Daraus erklärt sich auch, daß trotz der geringeren Wahlbeteiligung, die großen Parteien durchweg einen bedeutenden Stimmengewinn erfahren haben. Nur bei den Demokraten tritt der geringere Wahlbeteiligungsquotient in Erscheinung und das mit einer geradezu mathematischen Genauigkeit, denn der Verlust von etwa 9000 Stimmen, den diese Partei im Dresdener Wahlkreis erlitten hat, ist nur auf das Konto der geringeren Wahlbeteiligung zu buchen. Er ist aber auch bedeutungslos, denn die Demokraten werden genau so wie im Mai drei Abgeordnete aus Sachsen nach Berlin schicken und überdies noch 12 000 Stimmen der Reichsliste zuführen. Der Verlust, den die Dresdener Demokraten erlitten haben, wird zur Hälfte von dem Gewinn der Leipziger Demokraten (3000 Stimmen) ausgeglichen, die sich überhaupt glänzend geschlagen haben.

Die Sozialdemokraten gewinnen zwei Mandate und geben überdies 35 884 Stimmen an die Reichsliste ab, also ein halbes Mandat. Das Zentrum hat den relativ stärksten Stimmengewinn zu verzeichnen, nämlich 30 Prozent. Wenn diese Partei auch diesmal keinen Abgeordneten aus dem Wahlkreisverband entsendet, so werden ihr doch die 26 000 Stimmen auf der Reichsliste zugute kommen. Die Deutschnationalen gewinnen ebenfalls nur ihr Mandat von der Reichsliste zurück, haben also keinen positiven Gewinn zu verzeichnen. Im Mai fehlten ihnen zum neunten Mandat nur die 30 000 Stimmen, die sie jetzt mit Mühe erhalten haben. Die Deutsche Volkspartei dagegen gewinnt ein gutes Mandat, denn sie kann ebenso wie im Mai außerdem noch 50 000 Stimmen dem Reichswahlvorschlag zugute kommen lassen. Die Kommunisten haben in Sachsen geringere Verluste gehabt als man erwartet hat, und sie verlieren nun zwei Mandate der sächsischen Liste, liefern aber der Reichsliste 55 000 Stimmen, also fast ein ganzes Mandat. Sie haben also tatsächlich nur einen geringen Verlust erlitten. Die Böhmischen erhielten ein Mandat (sie hatten zwei Abgeordnete im Mai). Der Verlust tritt nicht so zu Tage, wie der Verlust der Stimmengahl. Sie hatten im Mai in Sachsen 169 848 Stimmen, also zwei sichere Mandate und ein sicheres Reichsmandat. Heute haben sie nicht viel mehr als den dritten Teil ihrer Stimmen behalten. Die Wirtschaftspartei gewinnt ein Mandat. Sie hat aber bei den letzten Wahlen in Dresden und in Leipzig nicht kandidiert, und so konnte sie in ganz Sachsen 124 124 Stimmen aufbringen.

#### Die sächsischen Abgeordneten.

Dresden, 8. Dezember. Nach den nun vorliegenden Wahlergebnissen für den 15. Wahlkreisverband (Sachsen) sind im Freistaat Sachsen insgesamt 40 Abgeordnete gewählt worden und zwar: 15 Sozialdemokraten (bisher 18), 9 Deutschnationale (bisher 8), 4 Kommunisten (bisher 3), 6 Deutsche Volksparteiler (bisher 5), ein Nationalsozialist (bisher 2), 3 Demokraten (wie bisher) und 2 Wirtschaftsparteiler (bisher 1). Vorbehaltlich geringer Änderungen bei der endgültigen Berechnung sind demnach als gewählt zu betrachten:

Im 28. Wahlkreis (Dresden-Stadt) die Sozialdemokraten Kießner, Toni Sender, Schmidt, Krüger, Schirmer und Dr. Margarete Siegmund, die Deutschnationalen Dr. Quack, Biener Domsch und Hartmann, der Kommunist Käbel, die Deutschen Volksparteiler Dr. Heinze und Dr. Schneider, der Demokrat Dr. Kälig und als Vertreter der Wirtschaftspartei Beyer;

Im 29. Wahlkreis (Leipzig) die Sozialdemokraten Seges, Pipinski, Saups und Maria Schilling, die Deutschnationalen Philipp und Hoehsch, der Kommunist Strödel, die Deutschen Volksparteiler Bänderlich und Thiel, der Demokrat Dr. Goeb; im 30. Wahlkreis (Chemnitz-Brandau) die Sozialdemokraten Strödel, Seydewitz, Kufni, Dr. Levi und Stücken, die Deutschnationalen Dr. Quack, Biener und Domsch (wie in Dresden), die Kommunisten Verh und Schneider, die Deutschen Volksparteiler Bräuninghaus und Findeisen, der Nationalsozialist Feder, der Demokrat Probaus und als Vertreter der Wirtschaftspartei Lude.

#### Die neue demokratische Reichstagsfraktion.

Das bisherige Ergebnis, das allerdings nicht ganz abschließend ist, weil einige Berliner Kreise noch fehlen, ergibt, daß von der Deutschen Demokratischen Partei 32 Abgeordnete gewählt sind.

In den Wahlkreisen sind gewählt: Koch, Frau Lüders, Dernburg, Bergsträsser, Kopsch, Hummel, Frau Klumer, Graf Bernsdorff, Ball, Schurig, Freiherr v. Richtigshofen, Biegler,